

Eingangsstempel

**Landesförderinstitut
Mecklenburg-Vorpommern**

Postfach 16 02 55
19092 Schwerin

Antragsnr.:

LFI-LU-TH-

-

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

ANTRAG

auf Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg Vorpommern für Einrichtungen, die der Unterbringung von Tieren dienen (Tierheim-Förderrichtlinie – TierH-RL M-V))

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei bitte zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag auf Förderung ist beim **Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI)** einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
**Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen.
Mit dem Vorhaben darf nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides oder vor Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen werden.**

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Telefax

1.11 Rechtsform des Antragstellers

Antragsberechtigt sind Träger von Tierheimen. Tierheime im Sinne dieser Richtlinie sind alle Einrichtungen, die der Unterbringung von herrenlosen Tieren, Fundtieren, behördlich beschlagnahmten Tieren sowie kranken, verletzt aufgefundenen oder aus einem anderen Grund hilflosen Wildtieren dienen. – auch Tier- und Zoologische Gärten

- eingetragener Verein GmbH gGmbH Verband Gemeinnützige Stiftung
- Unternehmen, das im Auftrag von Körperschaften tätig ist
- Körperschaft Anstalt öffentlichen Rechts Sonstiges _____

1.12 Ein Nachweis der Rechtsform liegt dem

Antrag als Anlage bei (z. B. Vereinsregisterauszug usw.) ja nein

1.13 Eine Genehmigung des Betreibers gem. § 11 Abs. 1

Nr. 2 des Tierschutzgesetzes zum Betreiben eines Tierheimes liegt dem Antrag bei ja nein

1.14 Eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit nach § 52 der

Abgabenordnung liegt dem Antrag bei (Freistellungsbescheid Finanzamt) ja nein

1.15 Der Antragsteller ist zum Vorsteuerabzug berechtigt

(Bei unklarer Sachlage ist die projektbezogene Stellungnahme des Finanzamtes beizulegen) ja nein

1.16 Steuer-ID bei Privatpersonen bzw. Steuernummer (TIND1) für juristische Personen:

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Beschreibung des Vorhabens (Nr. 7.1.2 b) (gegebenenfalls bitte als Anlage beifügen)

2.2 Ein Nachweis über das Eigentums- oder Nutzungsrecht des

Projektstandortes liegt dem Antrag bei ja nein
(eine Kopie des Miet- oder Pachtvertrages über die genutzten Flächen und Gebäude mit einer mindestens fünfjährigen Laufzeit oder der Nachweis über das Eigentum der Immobilie in Form eines Grundbuchauszuges, Erste Abteilung oder der Abschrift eines notariellen Kaufvertrages mit Auflassungsvormerkung)

2.3 Projektstandort
Straße

Nr.

Postleitzahl

Ort

2.4 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

beantragter Beginn des Vorhabens (TT.MM.JJJJ)

voraussichtliches Ende des Vorhabens (TT.MM.JJJJ)

2.5 Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens

Besteht für das zur Förderung beantragte Vorhaben eine Genehmigungspflicht ja nein

Erteilte behördliche Genehmigungen sind in Kopie dem Antrag beizufügen.

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan des Gesamtvorhabens

3.1 Zur Förderung beantragte Investitionen
 Die in der folgenden Übersicht geforderten Angaben sind **nur** auf das zur Förderung beantragte Vorhaben zu beziehen. Beinhaltet das beantragte Vorhaben Hochbaubestandteile, so ist die Untersetzung für die zur Förderung beantragten Ausgabenansätze nach DIN 276 vorzunehmen.

<u>geplante Investitionen</u>	<u>Summe in EUR</u>
Investitionssumme des zur Förderung beantragten Vorhabens	

3.2 Finanzierung der **zur Förderung beantragten Investitionen**
 Die Verfügbarkeit der einzelnen Finanzierungsbestandteile ist durch entsprechende Nachweise zu belegen.

<u>Finanzierungsbestandteile des zur Förderung beantragten Vorhabens</u>	<u>Finanzierungsanteil in EUR</u>	<u>Anteil in %</u>
Eigenmittel		
Sonstige Darlehen bzw. Finanzierungshilfen		
beantragter Zuschuss		
Gesamtfinanzierung (= Investitionssumme des zur Förderung beantragten Vorhabens)		

4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind weitere Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen (siehe 1.12 – 1.15; 2.2, 2.5)

- **mindestens drei Kostenvoranschläge einschlägiger Fachbetriebe (gem. Nr. 7.1.2 g der Richtlinie)**
- Kostenvoranschläge oder amtliche Kostenschätzungen für unbare Eigenleistungen (gem. Nr. 7.1.2 h der Richtlinie)
- ein Bewirtschaftungskonzept (gem. Nr. 7.1.2 i der Richtlinie)
- Kopie der Baugenehmigung falls erforderlich

Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag und Bemessung der Bewilligungshöhe bleibt der Bewilligungsbehörde weiterhin vorbehalten.

5. Hinweise/Erklärungen

- 5.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir die Richtlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern über die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Einrichtungen, die der Unterbringung von Tieren dienen (Tierheim-Förderrichtlinie – TierH-RL M-V) vom 12. Januar 2014 zur Kenntnis genommen habe(n).
- 5.2 Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und vor Bewilligung der Zuwendung oder der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns nicht begonnen wird. Mir/Uns ist bekannt, dass als **Vorhabenbeginn** grundsätzlich der **Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabenausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages** gilt.
- 5.3 Mir/Uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
 - a) Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.1 bis 1.10),
 - b) Rechtsform, Genehmigung nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes (Ziffer 1.11 bis 1.14),
 - c) Angaben zu Vorsteuerabzugsberechtigung (Ziffer 1.15),
 - d) Angaben zum Vorhaben und Standort (Ziffer 2.1 und 2.2)
 - e) Beginn und zeitliche Durchführung des Vorhabens (Ziffer 2.3)
 - f) Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens (Ziffer 2.4)
 - g) Angaben zum Ausgabenplan (Ziffer 3.1)
 - h) Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen (Ziffer 3.2)
- 5.4 Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.
- 5.5 Mir ist/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. Ich/Wir werde(n) der Bewilligungsbehörde jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen.
- 5.6 Ich/Wir erkläre(n), dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.
- 5.7 Ich/Wir erkläre(n), dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant und durchgeführt wird/worden ist. Die geltenden Schwellenwerte für europäische und nationale Auftragsvergabe werden beachtet. Die Ausschreibung und die Vergabe von Aufträgen werden nach den geltenden Vorschriften, insbesondere VOL/VOB durchgeführt.
- 5.8 Ich/Wir erklären, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist und von mir/uns keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.
- 5.9 Mir/Uns ist bekannt, dass für die Bewilligung, Auszahlung, Prüfung der Verwendung, gegebenenfalls die Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Zuwendung die Verwaltungsvorschriften zu § 44 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung und das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Mecklenburg-Vorpommern Anwendung finden.

5.10 Prüfrechte

Zur Überprüfung der Zuschussberechtigung, der Einhaltung der geförderten Zweckbestimmung sowie der Richtigkeit der in Rechnung gestellten Ausgaben können durch die Bewilligungsbehörde oder einem von dieser autorisierten Vertreter Einsicht in die Bücher, Belege und sonstige mit dem Vorhaben in Zusammenhang stehende Geschäftsunterlagen verlangen.

5.11 Hinweise zum Datenschutz

Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit meinen/unseren personenbezogenen Daten und zu meinen/unseren Rechten habe/n wir/ich zur Kenntnis genommen.

<hr/> <hr/> <p>Ort, Datum</p>	<p>(Stempel)</p> <hr/> <hr/> <p>Rechtsverbindliche Unterschrift(en)</p>
-------------------------------	---

5.12 Antrag auf Genehmigung des Beginns des Vorhabens vor Erhalt einer verbindlichen Förderzusage

Ich/Wir beabsichtige(n), mit dem Vorhaben, dessen Förderung ich/wir mit diesem Antrag beantragt habe(n), zeitnah schon vor Erhalt eines Zuwendungsbescheides zu beginnen. Mir/Uns ist bekannt, dass hierzu eine schriftliche Bestätigung des Zuwendungsgebers erforderlich ist. Ich/Wir beantrage(n) eine behördliche Mitteilung darüber, dass mein/unser Vorhaben die grundsätzlichen Förderwürdigkeitsbedingungen erfüllt und daher vor Erteilung einer Bewilligung begonnen werden darf.

<hr/> <hr/> <p>Ort, Datum</p>	<p>(Stempel)</p> <hr/> <hr/> <p>Rechtsverbindliche Unterschrift(en)</p>
-------------------------------	---

6. Nachweis der Unterschriftsberechtigung/Projektvollmacht

6.1 zu vertretender Antragsteller
Name (wie Ziff. 1.1 des Antrags)

Postleitzahl

Ort

6.2 zur Förderung beantragtes Projekt
Bezeichnung (siehe Ziff. 2.1 des Antrages)

6.3 Vertretungs-/Zeichnungsberechtigung
Die in nachfolgender Übersicht aufgeführten Personen sind berechtigt, den Antragsteller für das unter Ziff. 3.1 benannte Projekt hinsichtlich des Antrags-, Bewilligungs-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens rechtsverbindlich bzw. mit projektbezogener Handlungsvollmacht zu vertreten.

Rechtsverbindliche Vertretung des Antragstellers:

Name, Vorname	Dienstliche Stellung (z.B. Geschäftsführer, Vorstand, Prokurist)	Zeichnungskompetenz ³⁾ (z.B. allein, Prokurist u. Geschäftsführer)	Unterschriftsprobe

³⁾ Zeichnungsberechtigung gem. Kompetenzvollmachten lt. Gesellschaftsvertrag, Satzung, Registereintrag u. ä.

Projektbezogene Handlungsvollmacht:

Name, Vorname	Dienstliche Stellung (z.B. Techn. Leiter)	Unterschriftsprobe

Bei Veränderung jeder Unterschriftsberechtigung ist der Bewilligungsbehörde unaufgefordert eine aktualisierte Ausfertigung dieses Formblattes vorzulegen. Diese Antragsseite ist entsprechend zu vervielfältigen.

Ort, Datum

(Stempel)

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)